Schlüsseljahre

Zäsuren und Kontinuitäten an der Saar
1815–1935–1955

hrsg. von Gabriele B. Clemens

Veröffentlichungen
der Kommission für Saarländische
Landesgeschichte

49

Schlüsseljahre

Zäsuren und Kontinuitäten an der Saar
1815–1935–1955

herausgegeben von

Gabriele B. Clemens

Saarbrücken 2017

Kommission für Saarländische Landesgeschichte e. V.

Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über http://www.d-nb.de abrufbar.

© Kommission für Saarländische Landesgeschichte e. V.

Dieses Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechts ist ohne schriftliche Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigung, Übersetzung, Mikroverfilmung, Einspeicherung bzw. Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Satz/Umbruch, Umschlag:
Kliomedia GmbH

Druck und buchbinderische Verarbeitung:
Kern GmbH

ISSN 0454-2533 ISBN 978-3-939150-10-7

Inhalt

Gabriele B. Clemens
Schicksalsjahre der saarländischen Geschichte: 1815 – 1935 – 1955 7

Christoph Cornelissen
Historische Jubiläen und Erinnerungskulturen – Überlegungen zum Verhältnis von Nation und Region 19

Frank Hirsch
Juden in Merzig. Umbruchserfahrungen einer Minderheit um 1800 in der Saarregion 35

Thomas Gergen
Politische Entscheidungsjahre 1815, 1935 und 1955. Zäsuren und Übergänge aus Sicht der Rechtsgeschichte 51

Fabian Trinkaus
Der kurze Frühling der Neunkircher Arbeiterbewegung. Sozialismus, Sozialdemokratie und Kommunismus an der Blies zwischen dem 9. November 1918 und dem 13. Januar 1935 89

Marie Alexandra Schneider
Bilder im Wandel: Ein Vergleich der Abstimmungskämpfe von 1935 und 1955 103

Dietmar Hüser
Sport als symbolische Arena politischer Konfliktaustragung – Fußball im Vorfeld der Saar-Abstimmungskämpfe 1935 und 1955 123

Rainer Hudemann
Das Saarland und die Neubegründung der deutsch-französischen Zusammenarbeit nach dem Zweiten Weltkrieg 145

Clemens Zimmermann
Die Medienlandschaft Saar 1945–2000. Charakteristika, Zäsuren und transregionale Bezüge 161

Autorenverzeichnis 175

Register 179

Schicksalsjahre der saarländischen Geschichte 1815 – 1935 – 1955

Gabriele B. Clemens

Die Kommission für Saarländische Landesgeschichte, das Historische Institut und das Zentrum für Historische Europastudien der Universität des Saarlandes haben im Frühjahr 2015 die für das Saarland so wichtigen Jahre 1815, 1935 und 1955 zum Anlass genommen, eine Ringvorlesung anzubieten, um über diese „Schicksalsjahre" der saarländische Geschichte zu reflektieren und zu diskutieren. Der Publikumserfolg der Vortragsreihe war beachtlich. Sehr gerne kommt die Kommission nun dem Wunsch nach, diese Beiträge auch zu publizieren.

Die Jahre 1815, 1935 und 1955 stehen jeweils für eine neue staatliche Zugehörigkeit des Saarlandes. Es drängt sich bei historischen Jubiläen immer die Frage auf, warum ihrer gedacht wird. Das führt zu Überlegungen, ob das Schicksal des Saargebiets im Vergleich zu anderen deutschen oder europäischen Ländern einen Sonderstatus einnimmt. Dabei macht es eigentlich wenig Sinn zu fragen, ob die Geschichte der Region vergleichbar besonders ist. Es würde voraussetzen, dass es so etwas wie eine normale Geschichte gäbe. Die gibt es natürlich nicht. Doch obwohl das Saarland viele Erfahrungen mit den benachbarten Regionen teilt, ist seine Geschichte doch eine vergleichbar besondere und dies vor allem im 19. und 20. Jahrhundert. Von Deutschland und Frankreich gleichermaßen begehrt, wechselten die Saarländer zwischen 1815 und 1955 gleich sechsmal ihre staatliche Zugehörigkeit – das ist vergleichsweise besonders. Die hier vorliegenden kultur- und politikgeschichtlichen Beiträge thematisieren zum einen diesen Sonderstatus, zum anderen betten sie das Schicksal der Menschen in dieser Region aber auch immer wieder konsequent vergleichend in die deutsche, französische und europäische Geschichte ein.

Historische Jubiläen wurden und werden von Historikern, Politikern und der interessierten Öffentlichkeit sehr gerne genutzt, um Standortbestimmungen vorzunehmen und sie spiegeln zugleich die geschichtspolitische „Großwetterlage". Während sich 2009 kaum jemand an den 150. Geburtstag von Wilhelm II. erinnern mochte und 2016 auch die Erinnerung an Königgrätz in Deutschland weitgehend ausfällt, bogen sich 2014 die Tische in den Buchhandlungen mit einer kaum überschaubaren Anzahl von Büchern zum Ersten Weltkrieg. In Frankreich erschienen in diesem Jahr sogar 450 Bücher zu diesem Thema. Christoph Cornelißen verweist auf diesen erstaunlichen „Weltkriegshype" in seinem Eröffnungsvortrag und spricht von einer derzeit grassierenden „Jubiläumsversessenheit". Als einer der profiliertesten Experten für europäische Erinnerungskulturen bietet sein Beitrag ein Grundsatzreferat, um so als eine methodisch

und theoretisch ausgefeilte Basis für unsere Reflexionen zu dienen.[1] Im Mittelpunkt seiner Ausführungen steht das charakteristische Spannungsverhältnis zwischen Nation und Region und wie sich dieses auf die Erinnerungskultur auswirkt. Rückgreifend auf das 19. Jahrhundert, in dem sich die Profanierung und Popularisierung der historischen Jubiläen allmählich durchsetzt, zeigt er, dass sie in der Summe dazu dienten, die soziale Ordnung und ihre Stabilisierung immer wieder erneut zu bestätigen. Darüber hinaus unterliegen sie einem stetigen Bedeutungswandel. Für das Saarland pocht Cornelißen für die zweite Nachkriegszeit auf eine Sonderrolle im Vergleich zu anderen Regionen, da es seit 1947 gerade im Bereich der Kulturpolitik mit einer eigenen Staatssymbolik (Flagge, Wappen und Hymne), einem eigenen Rundfunk, einer eigenen Universität und eigenen Sportmannschaften in internationalen Wettkämpfen einen außergewöhnlichen Gestaltungsspielraum besaß. Zu Recht mahnt er am Ende seines Beitrages an, dass eine kritische Aneignung von Geschichte gerade angesichts der Hypertrophie des modernen Jubiläumsmarktes geboten ist.

Die weiteren Beiträge seien chronologisch präsentiert. Zwei widmen sich dem 200-jährigen Jubiläum des Restaurationsbeginns – 1815 wurde auf dem Wiener Kongress der größte Teil des Rheinlandes, des Saarlandes und Westfalens Preußen zugewiesen.[2] Natürlich wurden die Betroffenen nicht gefragt, diesbezügliche Plebiszite waren außerhalb der Vorstellungswelt der Mächtigen. Auch Preußen hatte nicht unbedingt die Wacht am Rhein angestrebt und hätte viel lieber ganz Sachsen annektiert, was aber die Habsburger Monarchie zu verhindern wusste.[3] Links des Rheins hielt sich die Begeisterung darüber, nun preußische Untertanen zu werden, in engen Grenzen.[4] Mehr Akzeptanz aufgrund der liberaleren Verfassungen erfuhr die bayerische Herrschaft in der Pfalz und die hessische in Mainz. Die Jahre des herrschaftspolitischen Übergangs waren schwierig für alle Seiten: sowohl für die preußische und bayerische Administration, die Minister und die Könige auf der einen, für die saarländischen Notabeln auf der anderen. Um den Herrschaftsübergang effektiv zu gestalten, war man in Berlin und München auf die Kooperation dieser regionalen Elite zwingend angewiesen, Konsens mit den Mittelschichten oder gar mit den Unterschichten wurde nicht gesucht, da man

---

1 Christoph Cornelissen, Was heißt Erinnerungskultur? Begriff, Methoden, Perspektiven, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 54 (2003), S. 548–563; Armin Flender, Öffentliche Erinnerung im Saarland nach dem Zweiten Weltkrieg. Untersuchungen über den Zusammenhang von Geschichte und Identität, Baden-Baden 1998.

2 Vgl. zu diesem weitgehend vernachlässigten Thema: Vom Empire zur Restauration. Die Saarregion im Umbruch, hg. von Eva Kell und Sabine Penth, Saarbrücken 2016.

3 Thierry Lentz, Le congrès de Vienne. Une refondation de l'Europe 1814–1815, Paris 2013; Ders., 1815. Der Wiener Kongress und die Neugründung Europas. Aus dem Französischen von Frank Sievers, München 2014; Reinhard Stauber, Der Wiener Kongress, Stuttgart 2014.

4 Gabriele B. Clemens, Pouvoirs de transition et transition des pouvoirs sur la rive gauche de Rhin de Mayence à Cologne (1813–1830), in: Rien appris, rien oublié? Les Restaurations dans l'Europe postnapoléonienne (1814–1830), hg. von Jean-Claude Caron und Jean-Philippe Luis, Rennes 2015, S. 415–426.

ihnen keine Politikfähigkeit und kein politisches Gewicht zusprach. Nach 1815 standen alle Akteure, die über Volkssouveränität oder Demokratie diskutierten, ohnehin unter Demagogieverdacht.

Alles in allem, und dies zeigen die Beiträge von Frank Hirsch und Thomas Gergen sehr deutlich, war 1815 kein epochaler Einschnitt, im Gegenteil. Das liberale Erbe der Französischen Revolution wagten weder Friedrich Wilhelm III. von Preußen noch Maximilian I. von Bayern anzurühren. Das Epochenjahr für die Saarregion war 1798.[5] Aufgrund der Revolutionskriege gehörte das gesamte linke Rheinufer zu Frankreich und 1798 wurden alle in Paris geltenden Gesetze einfach auf die neu geschaffenen Departements übertragen. Weite Teile des heutigen Saarlands gehörten zum neu eingerichteten Saardepartement mit der Hauptstadt Trier, Saarbrücken war Sitz einer Unterpräfektur. Es erfolgte eine moderne, grundlegende Neuorganisation des Justiz- und Verwaltungswesens: Sie umfasste die Übernahme der französischen Gerichtsordnung, öffentliche und mündliche Verfahren sowie die Gleichheit aller vor Gericht. Hinzu kam die allgemeine Gewerbefreiheit, die Beseitigung der Feudalrechte und damit einhergehend die Abschaffung des Zehnten. Die Bauern waren so wie in Frankreich ohne teure Ablösesummen mit einem Schlag von den Feudallasten befreit. Die Zunftordnung wurde aufgehoben, was einschneidende Auswirkungen für das städtische Handwerk hatte. Aus den Untertanen wurden rechtlich gleichgestellte Staatsbürger. Gerade für die jüdische Bevölkerung waren diese Reformen revolutionär. Für sie bedeutete die französische Zeit nicht nur die Freiheit ihrer Religionsausübung und der Wohnortswahl, sondern auch einen Neuanfang in rechtlicher, sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht nach Jahrhunderten als Schutzbefohlene in Mitteleuropa. Hirsch schildert in seinem Beitrag diese Umbruchserfahrungen sehr nachdrücklich. Für die saarländischen Juden schuf die französische Epoche symbolisch den Übergang in ein neues Zeitalter, in dem sie zwar weiterhin von Diskriminierung und Antijudaismus betroffen waren, in dem aber die rechtliche Basis für einen außergewöhnlichen wirtschaftlichen Aufstieg gelegt wurde. In preußischer Zeit wurden sie erneut diskriminiert und mussten auf die endgültige Emanzipation an der Saar bis zur Reichsgründung 1871 warten.[6] Die Konzentration des Autors auf das 19. Jahrhundert zeigt deutlich die Möglichkeiten einer christlich-jüdischen Koexistenz vor der Shoa, von der zu häufig rückprojizierend die Geschichte als Einbahnstraße interpretiert wird.[7]

---

5 Jürgen Müller, 1798 – Das Jahr des Umbruchs im Rheinland, in: Rheinische Vierteljahrsblätter (1998), S. 205–237

6 Vgl. hierzu weiterführend: Frank Hirsch, Juden in Merzig zwischen Beharrung und Fortschritt. Eine kleinstädtische Gemeinde im 19. Jahrhundert (Geschichte und Kultur. Saarbrücker Reihe 4), Trier 2014.

7 Hans-Christian Herrmann, Aspekte zum jüdischen Leben an der Saar – die Zeit vom 19. Jahrhundert bis zum Holocaust, in: Widerstand, Repression und Verfolgung. Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus an der Saar, hg. von Dems. und Ruth Bauer, St. Ingbert 2014, S. 35–102.

Die liberalen Notabeln kämpften nach 1815 für die Emanzipation der Juden vor allem im rheinischen Provinziallandtag und überhaupt für die Beibehaltung des von Napoleon kodifizierten Rechts, das rasch als „Rheinisches Recht" bezeichnet wurde. In Berlin gab es nach 1815 Pläne, das Preußische Allgemeine Landrecht auch in den linksrheinischen Gebieten einzuführen. Doch verwarf die Regierung die Pläne wieder wegen anhaltenden Widerstands der Betroffenen in der schwierigen Übergangsphase. Sie war ohnehin gekennzeichnet von einer säkularen Hungerkrise. So mussten die Saarländer die durchziehenden Truppen ernähren.[8] Zu all diesen Belastungen kam noch eine säkulare Hungerkrise gleich nach der preußischen Herrschaftsübernahme. Im April 1815 brach der Vulkan Tambora im Südpazifik aus. Von der Forschung wird er als stärkster Vulkanausbruch der vergangenen 10.000 Jahre gewertet. Nach der gewaltigen Explosion gelangten große Mengen Asche und Aerosole in die Stratosphäre, die über die Erde verteilt wurden und die Sonneneinstrahlung behinderten. Die Folge war ein sogenannter „vulkanischer Winter", in dem die jährlichen Durchschnittstemperaturen um drei bis vier Grad sanken. Weltweit bewirkte der Vulkanausbruch eine mehrjährige Abkühlung, Ernteausfälle und Hungerjahre. Warum es zu dieser Klimakatastrophe kam, konnten die Menschen damals natürlich nicht wissen. Aber gerne lastet man Ungemach aller Art den Regierenden an. Vor allem dann, wenn diese in einer Krise versagten.[9] Es dauerte zu lange, bis staatlicherseits Kornlieferungen eintrafen, und gereicht haben sie ohnehin nicht. In dieser schwierigen Situation blieben die napoleonischen Gesetze in Kraft, um nicht weiteren Unmut in den neuen Provinzen zu schüren.[10]

Für das Saargebiet hatte dies langfristige Auswirkungen. Gergen betont die Fortgeltung des liberalen rheinischen Rechts in den linksrheinischen Herrschaftsgebieten während des gesamten 19. Jahrhunderts. Der Rechtshistoriker nahm die von den Veranstaltern gewünschte epochenübergreifende Darstellung zu den rechtlichen Auswirkungen der Herrschaftswechsel beherzt an. Kann man 1815 von weitgehenden Kontinuitäten ausgehen, stellt sich die Situation 1935 und 1955 deutlich anders dar. Im Saarbeckengebiet galten auch in der Völkerbundszeit die Gesetze, die im November 1918 in Kraft waren. 1935 wurde nach einer völkerrechtlich geregelten Übergangszeit von einem Jahr das Reichsrecht eingeführt. Die bis dahin angewandten Gesetze auf Landesebene wurden außer Kraft gesetzt. Reichsrecht bedeutete, dass die während des NS erlassenen Gesetze fortan auch im „Saargau" Anwendung fanden. Noch komplizierter gestaltete sich die Rechtsprechung nach dem Zweiten Weltkrieg. Bevor das Saarland nach der Abstim-

---

8 Michael Röhrig, „... daß die Einwohner der Gegend von Saarbrücken alle Drangsale und Leiden des Kriegs schwer empfunden haben". Zur Bedeutung und Auswirkung der Truppendurchmärsche in den Umbruchsjahren 1814/15 am Beispiel von Saarbrücken, in: Vom Empire zur Restauration (wie Anm. 2), S. 187–212.

9 Marc Louis, Preußisches Regierungshandeln im Kontext der Hungerkrise 1816/1817, ebd., S. 213–252.

10 Wolfgang Behringer, Tambora und das Jahr ohne Sommer. Wie ein Vulkan die Welt in die Krise stürzte, München 2015.

mung zum 1. Januar 1957 in den Geltungsbereich des bundesrepublikanischen Grundgesetzes einbezogen wurde, galt im Saarstaat eine komplexe Gemengelage von deutschem Recht (Stand 7.5.1945) und saarländischer Verfassung (1947), die sich vor allem in Fragen der Wirtschafts-, Währungs- und Zollunion mit Frankreich und der Sozialgesetzgebung auswirkten. Hervorzuheben ist für diese Phase die Einführung eines Gemischten Gerichtshofes, den man als einen Vorläufer des Europäischen Gerichtshofes einstufen kann.

In seinem Beitrag zur politischen Kultur der Arbeiterschaft konzentriert sich Fabian Trinkaus auf die Völkerbundszeit. Diese 15 Jahre unter Sonderstatus gestalteten sich schwierig, nicht nur aufgrund der wirtschaftlichen Krisen und der Herr-im-Haus-Mentalität der Franzosen.[11] Man arrangierte sich, zweifelte aber die Legitimität der Völkerbundsregierung an. Die stationierten Militärs wurden als Bedrohung empfunden. Das Saarland traf die Weltwirtschaftskrise etwas später als Deutschland, aber 1930/31 begann auch hier die Talfahrt. Im Abstimmungsjahr war die Wirtschaftskrise noch nicht überwunden. 1935 standen sich zwei Lager unversöhnlich gegenüber: auf der einen Seite die Nationalsozialisten, die Konservativen und Liberalen, auf der anderen die Kommunisten, Sozialdemokraten und zum kleineren Teil ehemalige Zentrumspolitiker. Diese vermeintlich eindeutige Konstellation war das Ergebnis schwieriger Auseinandersetzungen innerhalb der Parteien und der Gewerkschaften und massivster Eingriffe von Seiten der NSDAP. Da weitgehend nationaler Konsens über die anzustrebende Rückgliederung ins Deutsche Reich herrschte, kam die NSDAP bis zum Januar 1933 nicht über den Status einer Kleinpartei hinaus. Gleich nach der Machtübergabe in Berlin wehte aber auch an der Saar ein anderer Wind. Allerorts prangten Hakenkreuze, Führerportraits, Giebelinschriften und Plakate mit nationalsozialistischer Propaganda. Angesichts des Bedrohungsszenarios bildeten die SPD und die KPD eine antifaschistische Einheitsfront, die aber der propagandistischen Übermacht der Deutschen Front hoffnungslos unterlegen war. Ferner formierte der ehemalige Chefredakteur der katholischen Landeszeitung Johannes Hoffmann eine katholische Oppositionsbewegung, der sich zahlreiche Pfarrer anschlossen. Bischof Bornewasser in Trier rief derweil zur Vaterlandstreue auf, und die Oppositionellen blieben isoliert.[12]

---

[11] Zur Geschichte der Region nach dem Ersten Weltkrieg vgl. Der 13. Januar. Die Saar im Brennpunkt der Geschichte, hg. von Ludwig Linsmayer (Echolot. Historische Beiträge des Landesarchivs Saarbrücken 1), Saarbrücken 2005; Frank G. Becker, „Deutsch die Saar, immerdar!" – Die Saarpropaganda des Bundes der Saarvereine 1919–1935 (Veröffentlichungen der Kommission für Saarländische Landesgeschichte und Volksforschung 40), Saarbrücken 2007; Das Saarland. Geschichte einer Region, hg. vom Historischen Verein für die Saargegend e. V. durch Hans-Christian Herrmann und Johannes Schmitt, St. Ingbert 2012, darin den Beitrag von Gabriele B. Clemens zu den Völkerbundsjahren.

[12] Judith Hüser, Saarkatholiken auf dem Sonderweg? Kirche und Konfession, Nation und Europa in einem deutsch-französischen Grenzland, in: Geschichte des Bistums Trier, hg. von Martin Persch, Trier 2004, S. 671–697; Heinrich Küppers, Das christlich-katholische Lager an der Saar 1933–1945, in: Widerstand, Repression und Verfolgung (wie Anm. 7), S. 213–236; Jörg Rauber, Christus, Volk

Trinkaus fokussiert die kurze Blütezeit der saarländischen Arbeiterbewegung im roten Neunkirchen nach 1918.[13] Es ist sattsam bekannt, dass die Werksleitung der in Neunkirchen dominierenden Hütte, allen voran Freiherr Carl Ferdinand von Stumm-Halberg, bis in den Ersten Weltkrieg hinein alles tat, um die Arbeit der SPD und der Gewerkschaften zu behindern. Denn obwohl das Saarland eine geradezu stürmische Industrialisierung durchlief, entwickelten sich Arbeiterparteien und Gewerkschaften vergleichsweise spät. Für die Entwicklung der Arbeiterbewegung bedeutet 1935 gewiss einen tiefen Einschnitt, nämlich das Ende einer seit 1918 währenden kurzen Blütezeit. Deutlich werden in diesem Beitrag aufgrund der Einbettung der saarländischen in die gesamtdeutsche Geschichte auffallende Parallelen und partielle Sonderentwicklungen, letzteres vor allem im tobenden Abstimmungskampf. Wurden vor 1933 die politischen Auseinandersetzungen eher kulturell verbrämt ausgetragen, so entwickelten sie sich in den Jahren vor dem 13. Januar 1935 zur offenen Schlacht. Die Abstimmungsfrage dominierte alles.[14] Bis zur Machtübergabe an die Nationalsozialisten herrschte im Saarland Übereinstimmung, dass man nach 15 Jahren als Mandatsgebiet wieder dem Deutschen Reich angehören wollte, nun musste sich jeder einzelne, vor allem aber die Politiker fragen, wie man sich gegenüber der neuen politischen Konstellation verhalten sollte. 1935 standen sich zwei Lager unversöhnlich gegenüber: auf der einen Seite die Konservativen und Liberalen, massivst unterstützt von den Nationalsozialisten in der Reichshauptstadt, auf der anderen Seite die hoffnungslos unterlegenen „Vaterlandsverräter": Kommunisten, Sozialdemokraten und wenige ehemalige Zentrumspolitiker. Sie sammelten sich in der gegen die Deutsche Front gebildeten Einheitsfront und versuchten zunächst, die Abstimmung zu vertagen. Als dies scheiterte, warben sie für die „Status Quo" Lösung. Zu diesem gemeinsamen Engagement kam es aufgrund schwerwiegender ideologischer Zerwürfnisse, die auch das politische Klima in der Weimarer Republik vergifteten, erst spät im Sommer 1934. Trinkaus zeigt aber in seinem Beitrag erstmals, dass es schon vor 1934 gemeinsame Agitationen gegen die rechtsradikalen Gegner gab. Es darf unter den obwaltenden Umständen, wo Terror seitens der Rechtsradikalen an der Tagesordnung war[15], als Erfolg gewertet werden, dass angesichts des verbreiteten Nationalismus und der Versäulung der politischen Lager am 13. Januar 1935 fast 9 Prozent

---

und Führer. Die evangelischen Kirchen an der Saar und ihr Verhältnis zu den Nationalsozialisten, ebd., S. 237–278.

[13] Vgl. zu diesem Thema grundlegend Fabian Trinkaus, Arbeiterexistenzen und Arbeiterbewegung in den Hüttenstädten Neunkirchen/Saar und Düdelingen/Luxemburg (1880–1935/40) (Veröffentlichungen der Kommission für Saarländische Landesgeschichte und Volksforschung 46), Saarbrücken 2014.

[14] Saarabstimmungen: 1935 und 1955. Dokumentation einer Vortragsreihe, hg. von Wilfried Busemann, Saarbrücken 2016.

[15] In seiner an der Universität des Saarlandes verfassten Staatsexamensarbeit „Der Abstimmungskampf im Saargebiet 1935" (Juni 2015) belegt Hendryk Kordt aufgrund von Analysen umfangreichen Behördenschrifttums des Landrats, der Obersten Polizeiverwaltung, des Bürgermeisteramtes und der Regierungskommission eindrücklich, dass die Kommunisten im Bezirk St. Ingbert vom erzkonservativen Landrat und den Ordnungskräften massiv bei ihrer politischen Agitation behindert wurden.

für die Status Quo Lösung votierten.[16] 90,8 Prozent, ein überraschend hoher Prozentsatz, stimmten für den Anschluss an das Dritte Reich. Man postulierte lange die nicht haltbare Formel, die Saarländer hätten „Für Deutschland, trotz Hitler" gestimmt. Aber weder die Saarländer, noch die übrigen Reichsdeutschen konnten 1935 die Entwicklung hin zum Zweiten Weltkrieg und zur Shoa antizipieren. Auch in anderen Regionen des Reiches war die Zustimmung zum Regime in den ersten Jahren, soweit sie überhaupt messbar ist, sehr hoch.

Wie extrem emotional die politischen Auseinandersetzungen ausgetragen wurden, untersucht Marie-Alexandra Schneider in ihrem Beitrag zur Bildpropaganda, wobei sie das Vorfeld beider Urnengänge fokussiert. 1945–1955 schien sich die Geschichte auf den ersten Blick zu wiederholen.[17] Und doch sahen sich die Menschen an der Saar – nicht anders als in den vier deutschen Besatzungszonen – 1945 vor eine gänzlich andere Situation gestellt.[18] Anders als 1918 war nicht nur ein Weltkrieg verloren gegangen. Das Land lag in Trümmern, die alte staatliche Ordnung war regelrecht ausgelöscht, und es gab so gut wie nichts, an das man hätte anknüpfen können.[19] Hatte man sich 1918/19 noch unrechtmäßig besiegt gewähnt, so stand die Realität der Niederlage und des Zusammenbruchs 1945 jedermann vor Augen. Während die Regionalbevölkerung in den 1920er Jahren aus der Rückbesinnung auf das Wilhelminische Deutschland Kraft und Orientierung hatte schöpfen können, blieb ihr 1945 kaum etwas anderes übrig, als die Vergangenheit zu tabuisieren und ihre Erinnerung zu verdrängen. Die Gegenwart, das

---

[16] Vgl. hierzu grundlegend: Politische Kultur im Saargebiet 1920–1932. Symbolische Politik, verhinderte Demokratisierung, nationalisiertes Kulturleben in einer abgetrennten Region, St. Ingbert 1992.

[17] Vgl. zum Forschungsstand: Bronson Long, No Easy Occupation. French Control of the German Saar 1944–1957, Rochester/New York 2015; Rainer Hudemann und Armin Heinen in Zusammenarbeit mit Johannes Grossmann und Marcus Hahn, Das Saarland zwischen Frankreich, Deutschland und Europa 1945–1957. Ein Quellen- und Arbeitsbuch. Mit einer CD-ROM zum Abstimmungskampf 1935 von Susanne Dengel (Veröffentlichungen der Kommission für Saarländische Landesgeschichte und Volksforschung 41), Saarbrücken 2007, S. 16–93. Zum deutsch-französischen Verhältnis: Corine Defrance und Ulrich Pfeil, Wiederaufbau und Integration 1945–1963 (Deutsch-Französische Geschichte, hg. vom Deutschen Historischen Institut Paris 10), Darmstadt 2011.

[18] Zur Geschichte des Saarlandes nach dem Zweiten Weltkrieg: Die Saar 1945–1955. Ein Problem der europäischen Geschichte, hg. von Rainer Hudemann und Raymond Poidevin, München 1992; Armin Heinen, Saarjahre. Politik und Wirtschaft an der Saar 1945–1955, Stuttgart 1996; Grenz-Fall – Das Saarland zwischen Frankreich und Deutschland, hg. von Rainer Hudemann, Burkhard Jellonnek und Bernd Rauls, St. Ingbert 1997; Der Saarstaat/L'Etat sarrois. Bilder einer vergangenen Zeit – Images d'un monde passé, deutsch-französische Ausgabe, hg. von Paul Burgard und Ludwig Linsmayer (Echolot. Historische Beiträge des Landesarchivs Saarbrücken 2), Saarbrücken 2005; Die Geburt des Saarlandes. Zur Dramaturgie eines Sonderweges, hg. von Ludwig Linsmayer (Echolot. Historische Beiträge des Landesarchivs Saarbrücken 3), Saarbrücken 2007; Hudemann/Heinen, Das Saarland zwischen Frankreich, Deutschland und Europa (wie Anm. 17).

[19] Dietmar Hüser, Saarland – Eine europäische Geschichte: Die Volksabstimmungen am 13. Januar 1935 und 1955, in: Zeitschrift für die Geschichte der Saargegend 63 (2015), S. 11–26.

waren erneut die Franzosen, und deren vormalige Präsenz an der Saar hatte nicht unbedingt Sympathien hinterlassen. Doch diesmal agierten sie wesentlich klüger, nicht mit kulturellem Hochmut, sondern mit kulturellem Werben. Frankreich wollte das Saarland durch positives Engagement und zukunftsweisendes Kulturschaffen überzeugen. Der Weg von der französischen Besatzungsverwaltung zum selbständigen Saarstaat dauerte zweieinhalb Jahre. Höhepunkt der vergleichbar besonderen saarländischen Geschichte waren die Jahre der sogenannten Autonomiezeit, die sich durch eine große Offenheit der historischen Situation und durch eine enorme gesellschaftliche und sozialpolitische Experimentierfreude der Akteure auszeichneten.[20] Ohne die Aufbauleistungen dieser Periode – man denke nur an das Parlament, den Rundfunk und die Universität – wäre ein eigenständiges Saarland auch nach 1957 kaum möglich gewesen. Wer nur die nationale Frage im Blick hat, der übersieht leicht die inneren Entwicklungen der saarländischen Gesellschaft und die vielfältigen Veränderungen, die die Ära des Saarstaates von 1947 bis 1956 deutlich von der ersten Sonderwegsepisode 1920 bis 1935 unterschieden.

Und doch gab es 1955 wieder einen erbitterten Wahlkampf um die politische Zugehörigkeit. Verschärft wurden die Auseinandersetzungen gewiss dadurch, dass die Regierung Hoffmann immer wieder wichtige politische Rechte einschränkte, und es eine Demokratie unter pädagogischem Vorbehalt gab.[21] Schneider konzentriert sich in ihrem Beitrag auf die politischen Lager, die für eine Angliederung an das Deutsche Reich bzw. an die Bundesrepublik kämpften, und hier kann sie in der Bildsprache unübersehbare Kontinuitäten eines „ungehemmten" Nationalismus nachweisen. Die in Karikaturen und auf Plakaten benutzten Bilder suggerieren immer wieder, dass das kleine ungeschützte Saarland den französischen Raubgelüsten ausgesetzt gewesen sei. Das Motiv der riesigen Hand, Frankreich symbolisierend, verweist sowohl 1935 als auch

---

[20] Hans-Christian Herrmann, Sozialer Besitzstand und gescheiterte Sozialpartnerschaft. Sozialpolitik und Gewerkschaften im Saarland 1945 bis 1955 (Veröffentlichungen der Kommission für Saarländische Landesgeschichte und Volksforschung 28), Saarbrücken 1996; Rainer Hudemann, Sozialpolitik im deutschen Südwesten zwischen Tradition und Neuordnung 1945–1953. Sozialversicherung und Kriegsopferversorgung im Rahmen französischer Besatzungspolitik (Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz 10), Mainz 1988; Alain Lattard, Gewerkschaften und Arbeitgeber in Rheinland-Pfalz unter französischer Besatzung 1945 bis 1949 (Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz 11), Mainz 1988; Frank Hirsch, Die Einheitsgewerkschaft im Saarstaat 1945–1955/57. Demokratisierungsbeitrag, Krisenerfahrung und Sozialkonflikt (Schriftenreihe der Arbeitskammer des Saarlandes zur Arbeits- und Sozialgeschichte 1), Saarbrücken 2015.

[21] Dieser Begriff wurde geprägt von Heinen, Saarjahre (wie Anm. 14). Zu Hoffmanns Politik vgl. Johannes Hoffmann. Eine erste Bilanz, hg. von Markus Gestier, Blieskastel 2004; Heinrich Küppers, Johannes Hoffmann (1890–1967). Biographie eines Deutschen (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 54), Düsseldorf 2008; Johannes Schäfer, Das autonome Saarland: Demokratie im Saarstaat 1945–1957, St. Ingbert 2012. Diese politikwissenschaftliche Arbeit beruht auf den Aussagen von vier Zeitzeugen, s. dazu die Rezension von Jean-Paul Cahn, in: Francia-Recensio, 2014, 1.

1955 auf einen vermeintlich übermächtigen Einfluss der französischen Regierung, die es vor allem auf die Ausbeutung der reichen Kohlegruben abgesehen hat. Während Frankreich als räuberischer Erpresser auf den Plakaten dargestellt wird, wiesen Plakatmaler, Dichter und rechte Agitatoren Deutschland die Rolle der Mutter zu, die ihr schutzloses Kind, das Saarland, nach Hause führen möchte. Berühmt-berüchtigt ist in diesem Zusammenhang Mjölnirs Plakat „Deutsche Mutter, heim zu dir".[22] Gleichwohl zeigt Schneider auch deutliche Unterschiede auf. Während im Abstimmungskampf vor 1935 rassistische und völkische Diffamierungen Frankreichs immer wieder gezielt eingesetzt wurden, stellten die Künstler vor 1955 nun Deutschland als Familie und Gemeinschaft dar, in Abgrenzung gegenüber den „Fremden" und den „Anderen". Interessant wäre es in diesem Zusammenhang, einmal genauer zu schauen, welcher Bildersprache sich denn die Anhänger der Status-Quo-Lösung 1935, eines Anschlusses an Frankreich oder einer europäischen Option 1955 bedienten. Allein schon das Abstimmungsergebnis verweist auf eine deutlich differenziertere Debatte. Für einen Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland stimmten 67 Prozent.

Den gleichen chronologischen Zuschnitt wie Marie-Alexandra Schneider wählt auch Dietmar Hüser für sein spannendes sportpolitisches Thema: der Fußball als symbolische Arena politischer Konfliktaustragung im Vorfeld der Abstimmungskämpfe 1935 und 1955.[23] Wurde Fußball lange als schönste Nebensache der Welt apostrophiert, so zeigen gerade die Forschung der letzten zehn Jahre und die aktuellen Auseinandersetzungen um die Machenschaften der FIFA die enorme politische Brisanz dieses Themas. Seitdem der Sport massenwirksam wurde, versuchte er vergeblich, unpolitisch daherzukommen. Angesichts der zwangsläufigen Vernetzung von politischen und gesellschaftlichen Strukturen sowie den finanziellen Begehrlichkeiten konnte dies aber nie gelingen. Und dennoch ließ er sich nicht oder nur bedingt als direktes Propagandainstrument einsetzen. So scheiterten etwa die Versuche der Nationalsozialisten im Reich, Fußballspiele für politische Propaganda zu instrumentalisieren. Die Anhänger kamen nur in Scharen, wenn erstklassige Mannschaften aufliefen, nicht aus Interesse an politischen Inszenierungen. Zudem eskalierten Auseinandersetzungen der lokal verhafteten Fans häufig in wenig Konsens widerspiegelnde Prügeleien, was auch nicht als Nachweis für die angestrebte „Volksgemeinschaft" gewertet werden konnte. Es wird nicht zu klären sein, ob die im Reich spielenden Saar-Teams (1920–1935) als nationale Symbole oder fußballerische Botschafter wahrgenommen wurden oder ob die Zuschauer einfach hochklassigen Fußball sehen wollten.

---

[22] Ludwig Linsmayer, Deutsche Mutter-Heim zu Dir. Die Saarabstimmung als propagandistisches Gesamtkunstwerk, in: Das Jahrhundert der Bilder: 1900–1949, hg. von Gerhard Paul, Göttingen 2009, S. 462–469

[23] Wolfgang Harres, Sportpolitik an der Saar 1945–1957, Saarbrücken 1997; Bernd Reichelt, Fußball im deutsch-französischen Grenzraum Saarland/Moselle 1900–1952. Eine transnationale Geschichte politischer Inszenierung und sportlicher Emanzipation, Stuttgart 2014.

Auch nach dem Zweiten Weltkrieg versuchten Frankreich, saarländische Politiker und deutsche Vereine wiederum, den Fußball zu vereinnahmen. Das Schicksal des 1. FC Saarbrücken und von Borussia Neunkirchen, die traditionell in der Oberliga Südwest spielten, belegen das sportpolitische Dilemma des Saarstaates. Die Annahme der Saar-Verfassung samt Autonomie Ende 1947 bedeutete für die saarländischen Fußballvereine das Ausscheiden aus dem deutschen Ligasystem. Hochkommissar Gilbert Grandval und die Hoffmann-Regierung setzten nun auf eine Affiliationspolitik. Der saarländische Fußball sollte sich nun in Richtung Frankreich orientieren. 1948/49 debütierte der 1. FC in der zweiten französischen Division und errang sogleich den ersten Platz. In Frankreich bestand fortan kein Interesse mehr an der Integration deutscher Klubs, die sich auch auf der regionalen Ebene als problematisch erwies, weil bewährte Wettbewerbe aufgebrochen wurden. Auf einer Vollversammlung des saarländischen Fußballbundes sprachen sich dann auch zwei Drittel der Delegierten gegen die Affiliationspläne aus und der französische nationale Fußballrat kam zu demselben Abstimmungsergebnis. Sehr zum Unwillen der Politiker kehrten die saarländischen Klubs 1951 in die deutschen Ligen zurück. Der 1. FC Saarbrücken errang gleich in der Saison 1951/1952 die deutsche Vizemeisterschaft und wurde trotz des verlorenen Endspiels in Ludwigshafen zu Hause frenetisch gefeiert. Das Ergebnis von Hüsers Beitrag kann man auf eine einfache Formel bringen: Die Versuche der Politiker, den saarländischen Fußball direkt politisch zu instrumentalisieren, scheiterten, weil es den Vereinen in erster Linie darauf ankam, attraktiven Fußball in traditionellen Ligen zu spielen, der Zuschauermassen anzog und so Geld in die Kassen brachte. Dennoch ließen Politiker 1920–1935 und 1945–1955 nichts unversucht, um den Fußball für ihre jeweiligen rassistischen, nationalistischen bzw. demokratischen oder europäischen Bekenntnisse zu instrumentalisieren sowie sich öffentlichkeitswirksam mit erfolgreichen Spitzensportlern in Szene zu setzen.

Ist also alles in allem vorsichtige Skepsis angebracht, was den letztendlichen Erfolg der politischen Vereinnahmung von Sport anbelangt, so zeigen die Beiträge von Rainer Hudemann und Clemens Zimmermann, bei allen kritischen Vorbehalten, das innovative und europäische Potential der Autonomiezeit und die weiterwirkenden Impulse bis in die Gegenwart. In beiden Beiträgen wird vor allem das weite Feld der Kulturpolitik als zukunftsweisend eingestuft. Hudemann betont in seinem differenzierten Beitrag zu den Chancen deutsch-französischer Zusammenarbeit eindrücklich die große europäische Strahlkraft der von Gilbert Grandval auf eigene Faust 1947/48 gegründeten Volluniversität.[24] Saarbrücken erhielt damit auf viele Jahrzehnte eine der internationalsten Universitäten der ganzen späteren Bundesrepublik. Unterrichtet wurde in den Gebäuden der ehemaligen Below-Kaserne gleichberechtigt in deutscher und französischer Sprache von namhaften Professoren aus vielen europäischen Ländern. Die Studentenzahlen nahmen

[24] Universität des Saarlandes 1948–1988, hg. von Armin Heinen und Rainer Hudemann, Saarbrücken 1988, 2. Aufl. 1989.

kontinuierlich zu und aufgrund der niedrigen Gebühren und von Stipendien studierten hier auch viele Arbeiterkinder. Vor allem der zweite Rektor, der Germanist Joseph François Angelloz, trieb die Entwicklung zu einer europäischen Universität als durchsetzungsfähige und überzeugende Persönlichkeit voran. Diese dezidierte Frankreich- und Europaorientierung besteht bis zum heutigen Tag, was unter anderem das von Angelloz gegründete Europainstitut, das Frankreichzentrum und zahlreiche deutsch-französische Austauschprogramme und Studiengänge dokumentieren. Darüber hinaus setzte sich mit großem Engagement der Remigrant und Kultusminister Emil Straus für weitere renommierte internationale Kulturprojekte ein. Bereits im Juli 1946 eröffnete die Staatliche Schule für Kunst und Handwerk, wo unter anderem Henry Gowa, Frans Masereel und Otto Steinert, letzterer als Leiter der Fotoklasse, viel zur Reputation beitrugen. Auf Straus' Initiative ging die Gründung der Hochschule für Musik als Staatliches Konservatorium im Oktober 1947 zurück. Ferner leistete das Saarlandmuseum einen großen Beitrag für den kulturellen Aufbruch in eine europäische Moderne. Sein Leiter, Rudolf Bornschein, baute eine hervorragende Sammlung impressionistischer und expressionistischer Künstler auf. Internationale Kontakte zu anderen Museen und Künstlern unterstützten den Erfolg des Hauses nachhaltig.

Nicht unumstritten waren aber die erheblichen staatlichen Eingriffe in die öffentlichkeitswirksamen Medien: Presse, Rundfunk und später auch Fernsehen. Diese Problematik wird sowohl von Rainer Hudemann als auch von Clemens Zimmermann kritisch auf den Punkt gebracht.[25] Letzterer spannt einen weiten Bogen bis in die Gegenwart, indem er nach den langfristigen Folgen dieser Politik fragt. So stand etwa die Saarbrücker Zeitung bis 1970 de facto in Staatsbesitz. Zu den Besonderheiten der saarländischen Medienlandschaft gehört der dezidierte Auftrag, europäische Themen zu fokussieren. Laut Statut sollte die Saarbrücker Zeitung zudem die deutsch-französische Kooperation fördern. Clemens Zimmermann vertritt in seinem Beitrag überzeugend die These, dass die kulturelle Offenheit gegenüber Frankreich ein wesentliches Merkmal der saarländischen Medien blieb. Zudem sei das Saarland eine Pionierregion des privaten Rundfunks gewesen. Das saarländische Fernsehen konnte sich dann in den nächsten Jahrzehnten überregional durch seine exklusive Tour de France Berichterstattung profilieren, bis der Radsport aufgrund der Dopingskandale 2012 ins Abseits geriet. Die Medienlandschaft an der Saar wandelte sich evolutionär aufgrund von langfristig wirkenden politischen Konstellationen, Kommerzialisierung und Demokratisierung sowie der zunehmend individuell genutzten Medien. Abschließend weist Zimmermann nachdrücklich darauf hin, dass die kulturelle mediale Orientierung am Nachbarland entscheidend dazu bei-

[25] Beide Historiker haben gemeinsam mit Michael Kuderna ein wegweisendes, umfassendes dreibändiges Standardwerk zu den saarländischen Medien nach 1945 herausgebracht: Medienlandschaft Saar von 1945 bis in die Gegenwart, hg. von Clemens Zimmermann, Rainer Hudemann und Michael Kuderna, 3 Bde., München 2010.

trug, die Eigenständigkeit des SR und des Landes zu fördern. Die Besonderheit und Attraktivität der saarländischen Medien steht in einem engen Konnex mit der Eigenständigkeit des Bundeslandes.

An dieser Stelle möchte ich meinen ganz besonderen Dank gegenüber jenen Personen aussprechen, die sich für das Gelingen der Organisation der Vortragsreihe, die Korrekturen der Beiträge und die Registererstellung des Bandes in hervorragendem Maße engagiert haben: Frau Dr. Elisabeth Franke, Maike Jung, Doris Kurz, Markus Lay und Judit Ruff.